

Stahl in Europa für einen starken Industriestandort

Die Keimzelle der Europäischen Union (EU) liegt in der früheren Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Seitdem ist die Stahlindustrie in Europa untrennbar mit dem europäischen Projekt verbunden. Und auch heute bekennt sich die Branche in Deutschland zum gemeinsamen Staatenverbund. Europa und die stahlbasierten Wertschöpfungsketten brauchen eine innovative und wettbewerbsfähige Stahlindustrie.

Für die Stahlindustrie in Deutschland ist die europäische Integration auch wirtschaftlich eine Erfolgsgeschichte. Die Branche ist eng in die europäischen Wertschöpfungsketten eingebunden: Rund 60 Prozent der Exporte werden in Ländern der EU abgesetzt. Von den zehn größten Handelspartnern im Bereich der stahlintensiven Güter entstammen acht aus der EU.

Aktuell sieht sich die Stahlindustrie in Deutschland und Europa einer Vielzahl fundamentaler Herausforderungen gegenüber: Zunehmender Protektionismus weltweit, eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik und der Erhalt der Innovationsfähigkeit im

Rahmen von Digitalisierung und Industrie 4.0 am Standort Europa. Die EU muss jetzt für die Rahmenbedingungen sorgen, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie dauerhaft sichern. Dem Europäischen Parlament wird bei diesen Anstrengungen eine entscheidende Rolle zukommen: Denn mit der Europawahl am 26. Mai 2019 wird auch die politische Ausrichtung in der EU in den kommenden Jahren bestimmt.

Wir sind davon überzeugt, dass die genannten Herausforderungen nur in einem starken Europa gelöst werden können. Dabei braucht es eine kluge Wirtschafts-, Industrie- und Forschungspolitik, damit die ambitionierten Klimaziele erreicht werden können, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie international zu schwächen.

Die im Folgenden zusammengefassten Positionen der Stahlindustrie in Deutschland stellen unsere Handlungsempfehlungen an die Politik der EU dar. Sie sollen auch industriepolitische Orientierung in der 9. Legislaturperiode des Europäischen Parlaments bieten.

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07-0
Fax +49 (0) 211 67 07-310

Mail info@wvstahl.de
Web www.stahl-online.de

Blog www.stahl-blog.de
Facebook www.facebook.com/stahlonline
Twitter www.twitter.com/stahl_online
YouTube www.youtube.com/stahlonline

 Wirtschaftsvereinigung
Stahl

 Stahl

Wirtschaftsvereinigung
Stahl

POLITIK-KOMPASS
ZUR EUROPAWAHL 2019

Politik in der Europäischen Union Positionen der Stahlindustrie in Deutschland



Energie- und Klimapolitik: Rahmenbedingungen für eine CO₂-neutrale Wirtschaft schaffen

Die Europäische Kommission hat mit ihrer Kommunikation „A Clean Planet for all“ eine Debatte über die erforderlichen Schritte zu einer klimaneutralen Wirtschaft in 2050 eröffnet. Gleichzeitig wird die neue EU-Emissionshandelsrichtlinie ab dem Jahr 2021 für die Stahlindustrie zu erheblichen Einschnitten in der Zuteilung von CO₂-Rechten um durchschnittlich 20 Prozent führen. Dadurch ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie massiv bedroht. Die wesentliche Herausforderung für eine Umstellung auf CO₂-arme Produktionsweisen liegt in der ökonomischen Perspektive. Es wären Investitionen in der Größenordnung des dafür heute investierten Anlagenparks erforderlich. Zudem müssen erheblich höhere Betriebskosten getragen werden.

Handlungsempfehlungen:

- › Den EU-Emissionsrechtehandel dauerhaft wettbewerbsverträglich ausgestalten und Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Energiepreise schaffen, um der Stahlindustrie auch Spielraum für Innovationen zu ermöglichen

- › Forschung und Entwicklung sowie die Umsetzung in den industriellen Maßstab öffentlich fördern
- › Für die erforderlichen Infrastrukturen sorgen und dabei möglicherweise bestehende Akzeptanzhürden überwinden
- › Mechanismen prüfen, mit denen CO₂-arme Produktionsverfahren trotz drastisch höherer Kosten gegenüber Ländern ohne vergleichbaren Aufwand wettbewerbsfähig betrieben werden können

Außenhandelspolitik: Für freie und faire Märkte einsetzen

Die EU steht vor enormen außenhandelspolitischen Herausforderungen: Statt Freihandel wächst der globale Protektionismus, statt auf marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse zu setzen, greifen immer mehr Länder aktiv in den Wettbewerb ein. Die Stahlindustrie in Deutschland spürt diesen wachsenden Druck: Die Abschottung des US-amerikanischen Stahlmarkts und die daraus resultierenden Handelsumlenkungen in die EU, wettbewerbsverzerrende Subventionen, das nicht marktwirtschaftliche Verhalten wichtiger Länder (insbesondere China) sowie das nach wie vor bestehende Problem der massiven Überkapazitäten

in der globalen Stahlindustrie belasten die EU-Stahlhersteller. Gerade in dieser schwierigen Situation kommt es darauf an, dass sich die EU für eine multilaterale und regelbasierte Welthandelsordnung einsetzt, sich aber auch konsequent zur Wehr setzt, sollte es zu Regelverstößen kommen.

Handlungsempfehlungen:

- › Multilaterale Bemühungen zum Abbau von Subventionen und die Arbeit im Globalen Stahl-Kapazitätsforum der G20 weiterhin unterstützen
- › WTO-konforme Handelsschutzinstrumente konsequent anwenden, weiter anpassen und wenn nötig verbessern, solange kein Level-Playing-Field auf den internationalen Märkten erreicht ist
- › Für eine Stärkung und Weiterentwicklung der WTO einsetzen: Vor allem mit Blick auf die mangelnde weltweite Subventionsdisziplin muss das Regelwerk dringend modernisiert werden
- › Eine EU-Handelsstrategie entwickeln, die den Veränderungen auf den internationalen Märkten Rechnung trägt und die Rolle der EU klar definiert



Umweltpolitik: Übergreifenden Ansatz für eine nachhaltige Industrie entwickeln

Kreislaufwirtschaft und Recycling spielen in der Stahlindustrie eine große Rolle: Stahl ist der einzige Industriewerkstoff, der ohne Qualitätsverlust beliebig oft recycelt werden kann. Stahlrecycling führt zu verringerten Emissionen, Energieeinsparung und Umweltentlastungen in vielen anderen Bereichen, wie z. B. beim Abfallaufkommen. Die EU hat es sich zum Ziel gesetzt, einheitliche Regelungen für die Umweltpolitik zu schaffen. Die Komplexität rechtlicher und technischer Zusammenhänge wird dabei aber oft vernachlässigt. Wechselwirkungen bestehen darüber hinaus mit z. B. der Energie- und Klimapolitik. Ein integrierender Ansatz über alle Politikbereiche ermöglicht es, Inkonsistenzen aufzudecken und zu beseitigen sowie positive und negative Effekte gegeneinander abzuwägen. Dadurch können in der Umweltpolitik Prioritäten gesetzt werden, welche die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie stützen und den Schutz der Menschen, der Umwelt und der Ressourcen weiter verbessern.

Handlungsempfehlungen:

- › Die Umweltpolitik an den Zielen der Nachhaltigkeit ausrichten und dabei die Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft ebenso berücksichtigen
- › Den Recyclinggedanken – inklusive Lebenszyklen, Mehrfachrecycling und Inhärenz – vermehrt in die EU-Politik einbringen
- › Bestehende Regelungsbereiche in der künftigen Luftreinhaltepolitik weiterhin klar voneinander trennen und an dem Prinzip der integrierten Vermeidung und Verminderung von Umwelteinflüssen ausrichten
- › In der Produktpolitik gleiche Anforderungen an Importe stellen, wie sie für europäische Produkte bereits bestehen



Forschungs- und Innovationspolitik: Forschung zukunftsorientiert fördern

Forschung, Entwicklung und Innovation sind für die Stahlindustrie in Deutschland ein zentraler strategischer Faktor zum Erhalt und Ausbau der internationalen Wettbe-

werbsfähigkeit. Nur durch kontinuierliche Innovationen bei Produkten und Prozessen können die Unternehmen ihre Stellung in einem dynamischen, von hoher Wettbewerbsintensität geprägten internationalen Umfeld behaupten. Dass sich Forschung lohnt, hat die Europäische Kommission selbst belegt: Jeder Euro, der von Horizon Europe, der Forschungsinitiative der EU, investiert wurde, hat das Potenzial bis zu 11 Euro Wirtschaftswachstum zu generieren. In der Vergangenheit wurden circa zwei Drittel des Wirtschaftswachstums in der EU durch Innovationen und Forschung ermöglicht. In Anerkennung dieses Beitrags haben die europäischen Institutionen mit Horizon Europe diesen Weg fortgeführt.

Handlungsempfehlungen:

- › Auf systemische Forschung setzen, um ökologisch und ökonomisch weiter zu wachsen: Forschungsvorhaben der Stahlindustrie durch Horizon Europe ausreichend fördern
- › Eine nachhaltige europäische Industrie- und Forschungspolitik sicherstellen, welche neue Ideen und Zukunftstechnologien schneller zur Marktreife führt und den Technologietransfer in die Praxis beschleunigt
- › Fördermittel für eine themen- und technologieoffene stahlbezogene Werkstoff- und Anwendungsforschung ausbauen